

WAHLRECHT

Alte Angst

Franz-Josef Strauß sagte, wie es ist: „Der Verzicht darauf, das Mehrheitswahlrecht schon 1969 anzuwenden, verstärkt natürlich die Tendenz, die Große Koalition bis 1973 fortzusetzen.“

Das war am letzten Donnerstag nachmittag. Vier Sozial- und sechs Christdemokraten hatten soeben einen Wechsel auf ihre politische Zukunft prolongiert, den sie dreizehn Monate zuvor in der gemeinsamen Regierungserklärung ausgestellt hatten: für die Bundestagswahlen nach 1969 — und nicht früher — ein Mehrheitswahlrecht zu schaffen.

Abgeschworen hatten die schwarz-roten Koalitionspartner alle Gedanken an

- ▷ ein Übergangswahlrecht für 1969, das der NPD den Weg in den Bundestag versperren sollte (Kanzler Kiesinger: „Dagegen gab es erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken“);
- ▷ Kombinationen von Mehrheitswahlrecht und Bundesliste (SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt: „Es muß alles vermieden werden, was nach Manipulation aussieht“).

Erleichtert verbuchte CSU-Geschäftsführer Leo Wagner diesen Gewinn „einheitlicher Zeitvorstellungen“: „Der Kampf im Nebel hört nun endlich auf.“

Bis zur Sommerpause sollen die bei Innenminister Lücke bestellten, verfassungsändernden Gesetze zur Einführung der Mehrheitswahl nach 1969 im Bundestag schon so weit ausdiskutiert sein, daß ein Sonderparteitag der SPD im Oktober „auf sicherem Boden“ (Helmut Schmidt) über das neue Wahlrecht befinden kann. Denn einen solchen Befund hat die SPD sich vorbehalten.

Zwar haben die Parteiführer sich gegenseitiges Bemühen um die Einführung des Mehrheitswahlrechts „in die Hand versprochen“ (CDU-Generalsekretär Bruno Heck). Doch zugleich haben sie sich eingestanden, daß diese

Absprache für ihre Parteien nicht verbindlich sein könne.

In der SPD-Fraktion, die den Wahlrechts-Reformplänen ihres Zuchtmeisters Herbert Wehner von allem Anfang an mit Widerwillen begeben ist, haben neue Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes die Einwände gegen das Mehrheitswahlrecht verstärkt: Wäre die Bundestagswahl von 1965 schon nach dem für 1973 geplanten Wahlrecht abgehalten worden, dann — so ermittelten die Wiesbadener Statistiker — hätte die CDU/CSU 294 (statt 245) und die SPD 206 (statt 202) Mandate errungen. Die Christdemokraten hätten heute die absolute Mehrheit.

Aber auch bei der CDU sind noch längst nicht alle Widerstände gegen das Mehrheitswahlrecht überwunden: Die wälerschwachen Landesverbände Bremen, Hamburg und Hessen haben aus Furcht vor völliger Aussperrung aus dem Bundestag schon im vergangenen Jahr ihr Veto dagegen eingelegt.

Noch ist also nichts entschieden. Sollten sich von beiden Parteien auch nur 120 Abgeordnete einer Wahlrechtsreform verweigern, so wäre die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit von 331 Stimmen nicht mehr zu erreichen.

Freilich halten die Mehrheitswahlstrategen der schwarz-roten Koalition noch zwei Weichmacher bereit, um widerstrebende Volksvertreter für ihre Pläne zu gewinnen.

Einmal sollen die Abgeordneten das Schnittmuster der neu zu bildenden Wahlkreise, für das bislang nur ein unverbindlicher, nach geographischen Gesichtspunkten gegliederter Entwurf des Statistischen Bundesamtes vorliegt, selbst aushandeln dürfen. CSU-Wagner: „Nur wenn die Chancen gleich verteilt sind, hat die Wahlrechtsreform überhaupt eine Aussicht.“

Zum ändern sollen großzügige Pensionsregelungen altgedienten Parlamentariern, die stets nur über Parteilisten ins Bonner Bundeshaus gekommen sind, den Entschluß erleichtern, sich durch ihre Zustimmung zum Mehrheitswahlrecht aus dem Bundestag zu verabschieden.



SPD-Vorstandsmitglied Renger  
Lieber zitieren als gar nichts sagen

VIETNAM

Böses Blut

In dieser Woche muß sich die kleine Opposition zur Großen Koalition entscheiden, ob sie im Bonner Bundestag eine öffentliche Debatte über den schmutzigen Krieg in Vietnam ertrotzen will.

Walter Scheel, der designierte Vorsitzende der Freien Demokraten, ist dafür, „weil das, was die Menschen in unserem Land erregt, auch im Parlament besprochen werden sollte“. Ob aber von den 49 Abgeordneten der FDP-Fraktion wenigstens 30 seine Ansicht teilen — das steht dahin\*.

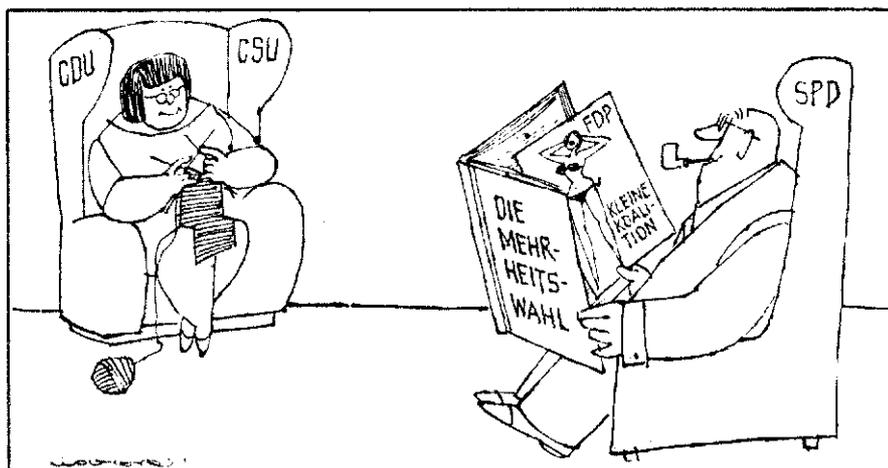
Vorsichtige Freie Demokraten brüten bereits die Hoffnung aus, die Sache werde sich dadurch von selbst erledigen, daß die USA und Nordvietnam noch rechtzeitig miteinander ins Friedensgespräch kommen. Denn dann könnte die deutsche Volksvertretung auch weiterhin darauf verzichten, zu Vietnam eine Meinung zu sagen.

Was das Parlament am Rhein in den letzten zwei Jahren bei elf verschiedenen Anlässen zu dem fernöstlichen Dschungel-Krieg zu sagen mußte, das hätte ebensogut in der Hauptbuchhaltung des Caritasverbandes gesagt werden können; es war eher bürokratisch als politisch.

Eingezwängt in die kleine Form der Fragestunde, brachten die Abgeordneten lediglich eine Reihe minderer Details vor. Mündlich oder schriftlich ließ die Bundesregierung auf solche Detailfragen unter anderem wissen, daß

- ▷ für das Hospitalschiff „Helgoland“ im Jahre 1966 etwa 7,5 Millionen und 1967 rund neun Millionen Mark aufgewendet wurden;
- ▷ eine Bonner Lieferung von fünfhundert Tonnen Medikamenten für

\* Nach den Paragraphen 105 und 106 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages können 30 Abgeordnete eine Große Anfrage an die Regierung richten und über diese Anfrage eine Debatte erzwingen.



Stuttgarter Nachrichten

„Was sagst du? Ach ja, das Buch! Doch, doch, sehr interessant!“

Südvietnam tatsächlich der Bevölkerung zugute kommt und nicht — wie gemeldet worden war — auf dem schwarzen Markt versickert;

- ▷ die Bundesrepublik in Südvietnam „keine militärische Hilfe, weder direkt noch indirekt“, leistet.

Eine politische Erörterung des Vietnam-Problems hat sich der Deutsche Bundestag bis heute versagt, weil keine der drei Parteien die Sorge losgeworden ist, daß die Amerikaner deutsche Kritik an ihrer Kriegführung in Vietnam mit einer Lockerung ihres Engagements für West-Berlin ahnden könnten.

Das erwies sich von neuem während einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes vorletzten Freitag im Partei-Behelfsheim an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee.

Der hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn verlangte energisch, die Partei müsse nun endlich der wachsenden Unruhe deutscher Menschen über den Krieg in Vietnam Rechnung tragen und die amerikanischen Freunde zur Beendigung dieses Krieges drängen.

Aber längst nicht alle Vorstandsgenossen stimmten dem Hessen zu. Zinn sah sich der Befürchtung konfrontiert, eine kritische Vietnam-Resolution der SPD werde nicht nur bei den amerikanischen Bundesgenossen in Washington, sondern auch beim christlichen Koalitionspartner in Bonn böses Blut machen.

Vorstandsfrau Annemarie Renger fand schließlich einen Ausweg. Sie selbst hielt zwar eine Vietnam-Resolution „gerade in diesem Zeitpunkt nicht für geschickt“; aber „wenn überhaupt, dann ist die von Zürich die einzig mögliche“.

In Zürich hatte die Generalratskonferenz der Sozialistischen Internationale (deutsche Delegierte: die SPD-Vorsteher Brandt, Eichler, Nau und Frau Renger) vergangenen Oktober beschlossen, „daß es keine militärische Lösung im Vietnam-Konflikt gibt“. Diese gemeinplätzig Deutung machten die deutschen Chefgenossen sich zu eigen.

Und auch den Ratschlag für einen Friedensschluß in Vietnam formulierten der SPD-Vorstand nicht selbst, sondern borgte sich dazu die Mahnung von UN-Generalsekretär U Thant, wonach eine „sofortige Einstellung der Bombenangriffe der USA auf Nordvietnam“ den Weg für Friedensverhandlungen frei machen solle.

Mit solchen Formulierungskünsten versuchte die Partei, deren Vorsitzender Willy Brandt ist, den Konflikt zwischen ihrer Vietnam-Resolution und der offiziellen Linie der Bundesregierung, deren Außenminister Willy Brandt ist, zu umgehen. Conrad Ahlers, stellvertretender Regierungssprecher, fand den Versuch gelungen: Die Regierungs-Linie — keine Einmischung in die Art der amerikanischen Kriegführung — werde durch die SPD-Resolution „keineswegs tangiert“.

Zudem beeilten sich führende SPD-Leute, ihren Koalitionspartnern ge-

sprächsweise zu versichern, sie wollten das Vietnam-Thema keineswegs forcieren und etwa gar eine Bundestagsdebatte anvisieren.

Die große Mehrheit der christlichen Bonner Volksvertreter nämlich ist in diesem Punkt mit ihrem Bundeskanzler Kiesinger eines Sinnes: „Wir sind nicht die Schulmeister Amerikas.“

Und solchen Freidemokraten, die wie Walter Scheel auf einer öffentlichen Parlamentsdebatte bestehen möchten, empfiehlt Will Rasner, Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, vorsichtshalber ein anderes Vietnam-Ventil: „Die Sache sollte im Auswärtigen Ausschuß gründlich diskutiert werden.“

Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages sind nach Bonner Übung grundsätzlich vertraulich.



Dritte-Welt-Besucher Kiesinger  
Werbung unterm Kreuz des Südens

#### KANZLER-REISEN

### Goldene Worte

Bonn's dritter Kanzler hat die Dritte Welt entdeckt.

Kaum erholt von seinem Acht-Tage-Rennen durch vier Länder Asiens im November letzten Jahres, schmiedet der deutsche Regierungschef nun Pläne für eine Südamerika-Reise.

An einem der letzten Dienstage des vergangenen Jahres überraschte Kiesinger, Außenpolitiker aus Neigung, die zur wöchentlichen „Lagebesprechung“ im Kanzleramt versammelten Staatssekretäre und Abteilungsleiter mit der Frage: „Meine Herren, ist Ihnen schon aufgefallen, wir haben bisher mit keinem Wort über Südamerika gesprochen?“ Gerade diese Region aber sei enorm wichtig.

Bestärkt von seinen Asien-Erfahrungen, verfügte der Regierungschef: „Eine persönliche Interpretation unserer Politik in diesen Ländern ist unbedingt notwendig.“

Persönlichen Einsatz hielt der Kanzler für unverzichtbar. Denn: „Wenn der Bundespräsident reist, sind das doch weitgehend protokollarische Angelegenheiten.“ Und: „Unsere Botschafter in diesen Ländern haben meist keinen Zugang zu den höchsten Persönlichkeiten.“

Bundespräsident Lübke war 1964 auf Südamerika-Tournee; er besuchte Peru, Chile, Argentinien, Brasilien und hinterließ einen Kapitalhilfekredit von 80 Millionen Mark. Nicht minder großzügige Gastgeschenke brachten deutsche Minister in die Welt der Sonne und der Samba: Gerhard Schröder einen 100-Millionen-Kredit für Argentinien (1960), Kurt Schmücker 30,7 Millionen Kapitalhilfekredit für Brasilien (1966).

Kanzler Kiesinger freilich hat, wenn er an Südamerika denkt, eher goldene Worte als Geld im Sinn. Auf dem diplomatischen Umweg über die blockfreien Staaten in Südamerika will er die Entspannungspolitik seiner Großen Koalition voranbringen, solange der direkte Weg nach Moskau versperrt ist. Belobigt sich der Kanzler: „In Asien ist mir das zweifellos gelungen.“

Lateinamerika, das kommunistische Kuba ausgenommen, bietet in seinen Augen dafür noch bessere Ansatzpunkte als die neutralen Asiaten. Denn die südamerikanischen Staaten, nicht am Konflikt der Großmächte beteiligt, haben

- ▷ als eigenen Entspannungs-Beitrag 1967 einen Vertrag geschlossen, der ihren Raum zur atomwaffenfreien Zone deklariert;

- ▷ beim Kampf um den Atomsperrvertrag gegen die Hegemonie-Ansprüche der Supermächte Front gemacht und verlangt, eine allgemeine Abrüstung der Atomgiganten mit dem Sperrvertrag zu koppeln und die friedliche Nutzung der Atomenergie nicht zu behindern;

- ▷ die DDR bisher nicht diplomatisch anerkannt und ihr auch noch keine amtlichen Niederlassungen gewährt; Ost-Berlin muß sich vielmehr mit Vertretungen seiner Außenhandelskammer in Brasilien, Uruguay und Kolumbien begnügen.

Aber die DDR hat im Konkurrenzkampf mit der Bundesrepublik in letzter Zeit auch Pluspunkte verbuchen können. Ausgerechnet in Chile, dessen Präsident Frei mit finanzieller Unterstützung der Bonner Christdemokraten in sein Amt gewählt wurde, unterzeichneten 1966 namhafte Senatoren eine Resolution, in der die Anerkennung der DDR gefordert wurde. Und in Kolumbien war ein Jahr zuvor Ost-Berlins Volkskammerpräsident Dieckmann als offizieller Besucher gefeiert worden.

Bonn's Gegenoffensive unter dem Kreuz des Südens wird nun nicht mehr lange auf sich warten lassen. Aber nicht Kurt Kiesinger wird die persönliche Kanzler-Werbung eröffnen, sondern sein glückloser Vorgänger im Amt: Mitte Februar geht erst einmal Ludwig Erhard auf Vortragsreise durch Südamerika.